

Beschluss des Landrates vom 14.06.2018

Nr. 2124

21. Transparenz bei der Finanzierung von Abstimmungs- und Wahlkämpfen 2018/383; Protokoll: bw

Landratspräsidentin **Elisabeth Augstburger** (EVP) informiert, dass eine parlamentarische Initiative einer Kommission zur Vorberatung überwiesen werde, wenn sie von einer Mehrheit der anwesenden Ratsmitglieder vorläufig unterstützt wird. In diesem Fall wäre das die Justiz- und Sicherheitskommission (JSK). Der Regierungsrat hat das Recht zur Stellungnahme. Zur vorliegenden parlamentarischen Initiative beantragt der Regierungsrat Ablehnung. Eine schriftliche Stellungnahme liegt vor.

Jan Kirchmayr (SP) erläutert, dass im Frühling dieses Jahres die Bevölkerung in den Kantonen Schwyz und Fribourg es vorgemacht habe. Die kantonalen Transparenzinitiativen wurden angenommen. In diesen Kantonen wird die Bevölkerung endlich wissen, wessen Geld jeweils in den Abstimmungskampagnen stecken und wer wessen Interessen vertritt.

In einer Demokratie ist Transparenz nicht nice to have sondern eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Um die Demokratie hochzuhalten, dürfen der Stimmbevölkerung nicht solch wichtige Informationen vorenthalten werden. Der Staatenbund gegen Korruption äusserte klar, dass die Schweiz in diesem Bereich weit hinterherhinkt und rügt sie fast jedes Jahr dafür. Transparenz stärkt die direkte Demokratie und die Glaubwürdigkeit der Politikerinnen und Politiker und fördert den Meinungsbildungsprozess.

Der Votant weiss, dass die Bevölkerung vor fünf Jahren über eine solche Initiative abgestimmt hat. Dies wird ihm sicher vorgehalten. Das Argument der Regierung, sie halte sich an diesen Volksscheid, nimmt der Redner mit einem Schmunzeln zur Kenntnis und erinnert in diesem Zusammenhang an das ELBA-Referendum. Diese Argumentation ist zwiespältig. Das Argument, dies würde zu viel mehr Bürokratie führen, kann in den Kantonen Tessin, Genf oder Neuenburg überprüft werden. Sie alle verfügen seit längerer Zeit über Transparenz bei der Finanzierung von Abstimmungs- und Wahlkämpfen. Dem Redner ist nicht bekannt, dass die Bürokratie überbordet. Auch gibt es da keine staatliche Parteienfinanzierung. Eine solche soll es in der Schweiz generell nicht geben. Es handelt sich bei diesem Argument um reine Angstmacherei.

Jedes Abstimmungskomitee und jede Partei führen eine Bilanz- und Erfolgsrechnung für die Kampagnen und Wahlkämpfe. Es soll nun reiner Tisch gemacht und die parlamentarische Initiative überwiesen werden.

Oskar Kämpfer (SVP) mag das Wort Transparenz. Es hört sich gut an. Im Kanton Basel-Landschaft herrschen jedoch andere politische Verhältnisse vor als in den Kantonen Schwyz oder Fribourg. Genau in dieser Region werden von linker Seite einzelne Exponenten der Industrie immer wieder öffentlich blossgestellt, weil sie glaubt, man habe die richtige Meinung für sich gepachtet. Die Seite des Redners ist auf Unterstützung aus Gewerbe und Industrie angewiesen, da sie sich bei Wahlen nicht auf Mandatsträgerbeiträge abstützen kann. Diese Unterstützer exponieren sich jedoch ganz sicher nicht, wenn sie merken, dass dies persönliche Angriffe zur Folge hat. Nebst der Begründung der Regierung gibt es für den Votanten also gute Gründe, warum dies hier nicht eingeführt werden kann und auch nicht soll, da dies seine Seite handicapieren würde. Genau das ist aber ja auch das Ziel dieser parlamentarischen Initiative: Dass sich die rechte Seite politisch nicht mehr bewegen kann, da sie glücklicherweise nicht kantonsfinanziert ist.

Markus Dudler (CVP) sagt, dass die CVP/BDP-Fraktion die parlamentarische Initiative als Mittel zur Durchsetzung von Transparenz als falsches Mittel erachte. Es handelt sich doch um ein Bedürfnis eines Teils der Bevölkerung und ist somit ein typisches Thema für eine Volksinitiative. Das Verhältnis zwischen effektivem Nutzen für die Bevölkerung und administrativem Aufwand ist für die Fraktion nicht ausgeglichen. In vielen Fällen liegt es eh auf der Hand, wer Sponsor einer Kampagne ist. Zudem gibt es hundert verschiedene Wege, die Finanzierung zu verschleiern, möchte jemand nicht erwähnt werden. Aus diesen Gründen lehnt die CVP/BDP-Fraktion die parlamentarische Initiative klar ab. Wichtig ist für die Glaubwürdigkeit eines Politikers, die eigenen Interessen offenzulegen. Persönlich stellt sich dem Redner die Frage, ob für die politische Arbeit nicht mehr Geld bezahlt werden sollte. Dies jedoch nicht für das eigene Portemonnaie, sondern für das Durchführen von Kampagnen und Wahlen. Ein System analog zu Deutschland wäre allerdings nicht gut. Eine staatliche Parteienfinanzierung kommt für den Votanten nicht in Frage.

Paul Wenger (SVP) richtet sich an Jan Kirchmayr: Wenn der Redner einem Kollegen oder einer Kollegin CHF 5'000 für eine Nationalratswahl gibt, soll er dies offenlegen, richtig? Wieso soll Jan Kirchmayr oder irgendein anderer Stimmbürger das Recht haben, von dieser Spende zu erfahren?

Matthias Häuptli (glp) betont, dass es sich beim Thema Transparenz um ein populäres Anliegen handle, das sicherlich nicht völlig unberechtigt sei. Die glp/GU-Fraktion lehnt die parlamentarische Initiative jedoch ebenfalls ab, da sie viel zu weit geht. Die Verfassungsebene ist definitiv die falsche Flughöhe. Zudem ist es verlogen, wenn man bei den natürlichen und juristischen Personen unterschiedliche Limiten setzt. Der Grund dahinter ist wohl offensichtlich: Man möchte die Mandatsträger mit den Mandatsbeiträgen schonen. Der Weg ist der falsche. Diese Vorlage kann auch mit einer Kommissionsberatung nicht nachgebessert werden.

Sara Fritz (EVP) hält es wie Oskar Kämpfer: Transparenz ist wirklich ein schönes Wort. Die Grüne/EVP-Fraktion findet jedoch nicht nur, dass das Wort sich gut anhört, sondern möchte auch, dass die Transparenz in der Realität stattfindet. Die Rednerin schliesst sich im Übrigen den Ausführungen von Jan Kirchmayr an. Die Grüne/EVP-Fraktion setzt sich seit Jahren für mehr Transparenz im Bereich der Parteienfinanzierung ein und wird den Vorstoss deshalb einstimmig unterstützen.

Pia Fankhauser (SP) findet es schwierig, pauschal von der Finanzierung der «linken Seite» zu sprechen, ohne Namen zu nennen. Das ist Intransparenz, lieber Oskar Kämpfer. Der Rednerin liegt fern, zu behaupten, die Gegenseite sei komplett von und durch Unternehmen finanziert. Es gibt ehrenamtliche Arbeit auf beiden Seiten, wie es auch auf beiden Seiten finanzierte, angestellte oder selbständige Politikerinnen und Politiker gibt. Der heutige Anspruch ist jedoch, dass man transparent ist bzgl. der Frage, von wem man unterstützt wird und wo die Interessensbindungen sind. Daran ist nichts Böses oder Revolutionäres. Im Zeitalter der Digitalisierung, die es erlaubt, Transparenz mit anderen Möglichkeiten zu schaffen, ist dies halt der Anspruch einer Gesellschaft. Was steckt hinter der Frucht vor Transparenz? Die Angst, die Unterstützung bliebe dann aus? Wenn man sich wehrt, steckt meist die Angst dahinter, viel zu verlieren. Es handelt sich um eine parlamentarische Initiative, die zur Vorberatung in die JSK geht. Diese ist eine Kommission wie alle anderen auch, also parteipolitisch zusammengesetzt und dies übrigens zugunsten der Gegenseite. Die JSK soll die Initiative behandeln. Es passiert euch nichts! Im Gegenteil: Eine Überweisung würde beweisen, dass die Gegenseite zu dem stehen kann, was aktuell in der Gesellschaft geschieht, nämlich die Forderung nach maximaler Transparenz. Sich dagegen zu wehren wirft einfach kein gutes Licht auf die Gegenseite.

Jan Kirchmayr (SP) versteht nicht, dass ein Sponsor nicht veröffentlicht werde, wenn er doch auf der Hand liege. Wenn Paul Wenger jemandem CHF 5'000 für einen Abstimmungskampf spendet, dann geht es die Bevölkerung etwas an. Sie hat ein Recht darauf zu wissen, dass diese Person die Interessen von Paul Wenger vertreten könnte.

Paul R. Hofer (FDP) meint, dass es sich bei Transparenz um ein populistisches Wort handle. Alle wollen Transparenz. Unser politisches System funktioniert aber nicht ganz so. Offensichtlich will die Linke unbedingt wissen, wie viele Franken wohin fliessen. Die andere Seite ist der Ansicht, dass es richtig ist, dass der eine oder andere auch Paul Wenger unterstützen darf, ohne dass dies öffentlich bekannt wird. Dies ist aus Sicht der FDP-Fraktion nicht nötig, weshalb sie die parlamentarische Initiative ablehnt.

Oskar Kämpfer (SVP) reagiert auf das Statement von Pia Fankhauser: Der Redner ist gerne bereit, im Saal Namen zu nennen. Dafür braucht man jedoch wesentlich mehr Zeit, als in den Kantonen Schwyz und Fribourg. Die Transparenz betrifft nicht die Politiker, sondern diejenigen, welche sie unterstützen möchten und ein Interesse daran haben, dass die politischen Prozesse von den Personen vorangetrieben werden, deren Meinung sie teilen. Würde eine respektvolle Politikultur den Spendern gegenüber herrschen, wäre Transparenz wunderbar. Diese Kultur existiert jedoch nicht.

Kathrin Schweizer (SP) erinnert, dass am letzten Sonntag über das Geldspielgesetz abgestimmt wurde. Beide Seiten, nicht links gegen rechts, sondern eher jung gegen alt, warfen der jeweils anderen Seite vor, gekauft worden zu sein. Genau deshalb braucht es Transparenz. Damit man weiss, aufgrund von welchen Gegebenheiten, was entschieden wird und um in den Raum gestellte Beschuldigungen verhindern zu können.

Balz Stückelberger (FDP) empfindet es als wichtig, die Dimensionen zurechtzurücken. Es ist nicht so, dass in den Dörfern im Baselbiet irgendwelche dubiosen Grosskonzerne Abstimmungen kaufen. Es geht vielmehr darum, wie die Landrätinnen und Landräte ihre Politarbeit finanzieren. Alle leben von kleineren Spenden. Für den Redner ist eine Spende von jemandem, der gerne anonym bleiben möchte, eine legitime Art der politischen Partizipation. Ein Beispiel: Im Dorf des Redners gibt es Personen, die sagen, dass sie es toll finden, dass es Personen gibt, die Politik an der Front betreiben. Selbst haben diese nicht so viel Zeit, möchten aber dennoch etwas dazu beitragen und spenden einen gewissen Betrag, ohne aber auf einer Homepage oder ähnlichem erscheinen zu wollen. Davon leben «wir» und diejenigen gegenüber wohl auch. Es geht um die vielen kleinen Beträge, wovon alle Landräte leben. Es gibt überhaupt kein Interesse, schon gar kein öffentliches, diese Namen zu erfahren. Diese Form der politischen Partizipation soll so stehen gelassen werden, wie sie nun ist.

Linard Candreia (SP) sagt, dass Transparenz mit Authentizität zu tun habe. Die emanzipierten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben ein Recht auf Transparenz. In der Wirtschaft wie auch in der Politik ist Intransparenz je länger je mehr nicht mehr gefragt. Der Votant verzichtet auf Beispiele.

Hans-Jürgen Ringgenberg (SVP) drückt es offen aus: Den Linken geht es nur darum, irgendwelche Spender an den Pranger zu stellen. Es gibt Beizer oder Handwerker in einem Dorf, die etwas spenden. Das wäre ein gefundenes Fressen für die Linken, diese an den Pranger zu stellen. Der Redner möchte der Gegenseite den Spiegel vorhalten: Normalerweise sorgen die Linken immer mit allen Mitteln für Intransparenz. Täter wie Pädophile sollen geschützt werden. Ein Vermieter erhält nirgends Auskunft, wenn jemand seine Miete nicht bezahlt und Sozialhilfe bezieht. Weder

von der Sozialhilfestelle, noch von der AHV oder vom Arzt. Überall ist die Anonymität gewahrt, mit Unterstützung der Gegenseite. Aber bei diesem Thema muss es plötzlich transparent sein. Das ist schon seltsam.

Miriam Locher (SP) spürt wahnsinnig viel Angst vor Transparenz im Saal. Die Voten lassen vermuten, die SP möchte ein System völlig umkrempeln, sodass die Parteien vis-à-vis zugrunde gehen. Darum geht es überhaupt nicht. An Matthias Häuptli: Die SP ist auch nicht verlogen. Es geht der SP darum, dass die Bevölkerung ein Recht darauf hat, zu wissen, wer hinter der Parteienfinanzierung steht und wer Interesse am Ausgang einer Abstimmung hat. Die Bevölkerung kann dann immer noch entscheiden. Wer gegen die Transparenz ist, ist auch dagegen, dass sich die Bevölkerung wirklich darüber informieren kann, wer Interesse an Abstimmungsausgängen hat. «Es geht um ganz kleine Beiträge, wovon wir alle leben» hat Balz Stükelberger gesagt. Die Rednerin hält CHF 5'000 für eine spezielle Dimension, ist dies doch nur für einen kleinen Teil der Bevölkerung ein kleiner Beitrag. CHF 5'000 ist viel Geld und spendet man einen solchen Beitrag, kann man diesen auch offenlegen.

Die Votantin empört sich über die Vorwürfe in Richtung SP. Die SP-Fraktion will doch niemanden an den Pranger stellen. Die Votantin wünscht sich konkrete Beispiele. Zum Vorwurf, die SP würde die Transparenz verweigern, wenn es um Straftäterinnen und Straftäter gehe: Es gibt Gesetze und an diese hält sich die SP. Die Vorwürfe sind völlig haltlos. Die Rednerin bittet darum, die parlamentarische Initiative zu unterstützen.

Paul R. Hofer (FDP) glaubt, dass die Meinungen gemacht seien und sich durch die Mitte des Saales teilen. Was noch gar nicht diskutiert wurde, ist der notwendige Verwaltungsapparat, um herauszufinden, ob Paul Wenger Paul Hofer wirklich CHF 5'000 gespendet und dieser das Geld wirklich für eine bestimmte Kampagne verwendet hat oder nicht. Damit muss man aufhören, das passt nicht in das politische System des Baselbiets, deshalb ist die parlamentarische Initiative abzulehnen.

Stefan Zemp (SP) appelliert an die Landratsmitglieder, auf eine normale Flughöhe zurückzukommen. CHF 5'000 nehmen die wenigsten in die Hand, um irgendjemanden zu unterstützen. Es geht wohl eher um Beträge von CHF 50 – 100. Die Angst ist unglaublich gross. Dieses Wochenende fand eine Abstimmung statt, zu der im ganzen Kanton flächendeckend 'keine Gebührenerhöhungen' propagiert wurden. Dabei ging es um CHF 50'000. Der Bürger wusste nicht, wer hinter dieser Kampagne steht. Der Redner möchte wissen, wer hinter dieser Kampagne stand und das möchte auch der Bürger. Dieser ist nämlich nicht dumm und hat das Spiel der rechten Seite durchschaut und trotzdem Nein gesagt.

Rolf Richterich (FDP) bringt die von Miriam Locher verlangten Beispiele für die Intransparenz der SP: Als die FDP verlangte, dass im Landrat offengelegt wird, wer wie viel öffentliches Geld für das Ausüben des Amtes erhält, war ein Grossteil der SP dagegen. Grund dafür war die Angst, dass mit dem Finger auf einen gezeigt werde.

Was der Redner mit seinem privaten Geld macht, hat die Öffentlichkeit nicht zu interessieren. In der Schweiz redet man nun mal nicht über Geld. Das ist ein Grundsatz. Wenn der Redner seine Spende offenlegen muss, dann überlegt er sich, ob er dies wirklich tut, da er sich so als Sympathisant outen würde, was er vielleicht gar nicht möchte.

Entweder man findet also das Geld auf einem anderen Weg oder aber das Geld fliesst nicht mehr. Was passiert dann? Dann kommt wieder die Gegenseite und verlangt mehr Geld vom Staat für die politische Arbeit, die erbracht werden muss.

An Jan Kirchmayr: Wenn man etwas ändern möchte, dann muss man erst aufzeigen, wo das

Problem liegt. Hier gibt es keine Probleme, also braucht es auch keine Lösung, die keine Lösung ist.

Pia Fankhauser (SP) betont, dass es mit dem Argumentarium nicht unbedingt einfacher werde. Auf der Gegenseite wurde behauptet, die SP habe Leute öffentlich zerrissen, weil sie etwas unterstützt haben. Die Rednerin möchte ein konkretes Beispiel aus dem Kanton Basel-Landschaft erfahren. Kein Handwerker oder Gastronunternehmer wurde jemals von der SP zerrissen, weil er irgendjemanden unterstützt hat. Die Votantin wehrt sich vehement gegen solche Behauptungen. Auf der anderen Seite wurde viel über Respekt und das gute Umgehen miteinander geredet. Dies fordert die Rednerin in dieser Diskussion ebenfalls ein. Es handelt sich um ein legitimes Anliegen, Transparenz für das Volk zu verlangen.

Aus ihrer persönlichen Erfahrung berichtet die Rednerin von Personen, die aus gewissen Firmen in die Gemeindegremien kamen. Man wunderte sich, warum sich aus einer Firma so viele Personen zur Verfügung stellen. Diese wurden von der Firma für das Engagement unterstützt, weil es zu diesem Zeitpunkt interessant war, gewisse Ämter inne zu haben.

Es ist doch kein Problem, seine Spenden zu dokumentieren. Was ist an der Politik so falsch, dass man nicht einen Politiker öffentlich unterstützen kann? Das stützt die Haltung, dass in der Politik alles etwas Mafiöses an sich habe. Die Politik ist nicht per se etwas Schlechtes, sondern leidet darunter, dass es in der Schweiz ein sehr intransparentes System gibt.

Jacqueline Bader (FDP) spricht als Unternehmerin: Das verdiente Geld ist versteuert. Insofern hat sie auch ein Recht auf Datenschutz und kann ihr erwirtschaftetes und versteuertes Geld so weitergeben, wie sie möchte. Als Inhaberin eines KMU sieht die Rednerin eine weitere Problematik: Die Kundschaft. Je nachdem, wer unterstützt wird, ruft diese Unterstützung Reaktionen bei anderen Personen, unter anderem Kunden, hervor. So muss sich eine KMU-Inhaberin wirklich überlegen, ob sie irgendjemandem noch irgendetwas gibt. Ist dies wertvoll für die politische Arbeit? Was ist mit denen, die vom Arbeitgeber für die politische Arbeit freigestellt werden? Dies ist ja auch Geld. Die Votantin ist absolut gegen die parlamentarische Initiative.

Markus Dudler (CVP) nervt die gegenseitige Schuldzuweisung von linker und rechter Seite. Die CVP/BDP-Fraktion findet den Aspekt des administrativen Aufwands ausschlaggebend. Allein aus diesem Grund ist die Initiative unnötig. Alle sind sich einig, dass es wichtig ist, dass das politische System funktioniert. Dazu bedarf es an Geld, ob auf linker oder rechter Seite. Es gibt bspw. auch Banken, die jeder Partei den gleichen Betrag zukommen lassen, um das Funktionieren des politischen Systems sicherzustellen.

Caroline Mall (SVP) macht transparent, dass sie einen Kaffee wolle. Dennoch interessiert sie auch zu wissen, woher die SP das Recht nehme, das ganze Volk zu vertreten. Das Volk habe die SP dazu aufgefordert, eine parlamentarische Initiative zu lancieren. Die SP soll eine Volksinitiative anstreben. Die Rednerin wird den Gedanken nicht los, die Neugier der Gegenseite führe dazu, aus der rechten Seite gläserne Figuren zu machen. Das gehört nicht zur Schweiz und ist relativ unanständig. Die SP soll Unterschriften sammeln, eine Volksabstimmung anstrengen und dann kann wieder diskutiert werden.

://: Die Parlamentarische Initiative wird mit 53:29 Stimmen abgelehnt.
